

**MARTIN ZUR NEDDEN:
STÄDTE IM WANDEL – MIT WELCHEN HERAUSFORDERUNGEN SEHEN SICH
WACHSENDE STÄDTE HINSICHTLICH SOZIALER, ÖKONOMISCHER UND
UMWELTSPEZIFISCHER BELANGEN KONFRONTIERT?**



Martin zur Nedden war Bürgermeister und Beigeordneter für Stadtentwicklung und Bau der Stadt Leipzig und ist nun Wissenschaftlicher Direktor und Geschäftsführer des Deutschen Instituts für Urbanistik

VORBEMERKUNG

Der Umfang des Themas auf der einen Seite und der zur Verfügung stehende Raum auf der anderen Seite bedingen, dass die nachfolgenden Ausführungen nur schlaglichtartiger Natur sein können. Aus diesem Grund muss auch auf eine Auseinandersetzung mit den für die aktuelle Stadtentwicklung zentralen Fragen der Effizienz, Suffizienz und Resilienz verzichtet werden. Sie erfolgt außerdem vor dem Hintergrund der Entwicklungen und Diskussionen in der Bundesrepublik Deutschland. Es wäre nicht vertretbar, ohne vertiefte Kenntnis der Verhältnisse in Österreich im Allgemeinen und in Wien im Besonderen Empfehlungen abzugeben. Ungeachtet dessen dürfte es im Hinblick auf einige grundsätzliche Fragen durchaus Parallelen geben.

RAHMENBEDINGUNGEN

Die Städte waren immer Veränderungen unterworfen. Aktuell erleben wir eine Phase, in der die Stadtentwicklung sowohl von (Nach-)Wirkungen politischer Veränderungen als auch technologischen Umwälzungen, hier ist insbesondere die „digitale Revolution“ zu nennen, maßgeblich beeinflusst werden. Die Gleichzeitigkeit gleich zweier bedeutender Faktoren sowie die gegenüber der Vergangenheit gestiegene Dynamik tragen wesentlich dazu bei, dass Wirkungskraft und Komplexität in außergewöhnlicher Weise im Vergleich zu den letzten Jahrzehnten angestiegen sind. Hinzu kommt, dass Faktoren, die schon seit längerem als für die Entwicklung relevant sich abzeichneten, aber nur bedingt im Bewusstsein im Hinblick auf Handlungsnotwendigkeiten präsent waren, nicht mehr negiert werden können

Fünf wesentliche Aspekte, die die Entwicklung in unseren Städten aktuell zentral beeinflussen, seien in diesem Zusammenhang hervorgehoben:

1. Die Globalisierung, die mit ihren neuen Austauschbeziehungen neben der Ökonomie auch Politik, Technologieentwicklung und Kultur bis in die Gesellschaftsstrukturen hinein in immer noch zunehmenden Maße beeinflusst und dadurch Risiken und Unsicherheiten über die Zukunft vergrößert.
2. Die Klimaveränderung, über deren Eintritt und Auswirkungen zwar schon seit ca. 40 Jahren diskutiert wird, aber erst jetzt die Erkenntnis an Verbreitung gewinnt, dass es notwendig ist, auf der einen Seite klimabeeinflussende Faktoren wie den CO₂-Ausstoß drastisch zu reduzieren und andererseits Strukturen, wie zum Beispiel unsere Städte, an schon nicht mehr revidierbare Klimaveränderungen anzupassen.
3. Die digitale Revolution mit ihren Chancen und Risiken. Sie führt in technologischer Hinsicht zu vielen neuen Möglichkeiten, droht aber gleichzeitig Machtstrukturen und gesellschaftliche Wertehaltungen in erheblichem Maße mit noch nicht fundiert zu beurteilenden Konsequenzen zu verändern.
4. Der demographische Wandel, insbesondere in Teilen Europas, vor allem in der Bundesrepublik Deutschland. Wir werden „weniger, älter, bunter“.
5. Die Gefahr zunehmender sozialer Segregation. Im globalen Maßstab zwischen „reichen“ Staaten und „armen“ Staaten, im nationalen Maßstab zwischen „reichen“ Regionen und „armen“ Regionen sowie Städten. In den Städten selbst entwickeln sich Stadtteile und -quartiere in entgegengesetzte Richtungen.

Die zunehmende Ausdifferenzierung von Entwicklungen hat auch zur Konsequenz, dass es zur Bewältigung der Herausforderungen keine Patentrezepte gibt, sondern es den jeweiligen örtlichen Rahmenbedingungen entsprechenden Strategien und Maßnahmen bedarf.

Dabei haben die Städte in einer Reihe von Handlungsfeldern vor dem Hintergrund der Globalisierung keine bzw. nur noch sehr begrenzte Einflussmöglichkeiten. Gleichzeitig wächst die Bevölkerung in vielen Städten, selbst in von Bevölkerungsrückgang gekennzeichneten Regionen, seit wenigen Jahren. Außerdem kommt ihnen nach wie vor als Motoren der gesellschaftlichen, kulturellen und technologischen Entwicklung erhebliche Bedeutung zu.

Die von Planern seit 40 Jahren als Entwicklungsziel formulierte „Re-Urbanisierung“ wird also in vielen Städten Realität. Die Städte wachsen. Und sie wachsen auch deswegen, weil es in den letzten 100 Jahren gelungen ist, die Missstände der Stadt der Gründerzeit, wie sie Werner Hegemann in seinem Buch „Das steinerne Berlin“ mit ihren unhaltbaren baulichen und sozialen Verhältnissen so anschaulich beschreibt, in eine Stadt zu transformieren, die für ihre Bewohnerinnen und Bewohner ein attraktiver Ort zum Wohnen, Arbeiten und Verbringen ihrer Freizeit ist.

Dieser Erfolg jahrzehntelanger Bemühungen strategischer Stadtentwicklung muss bei der Entwicklung von Konzepten zur Bewältigung der aktuellen Herausforderungen bewusst sein und darf nicht durch kurzfristige „Ad-hoc-Maßnahmen“ gefährdet werden. Dass die „Re-Urbanisierung“ auch weiteren Ursachen zu verdanken ist, wie zum Beispiel der Veränderung von Lebensstilen, steht dabei außer Frage.

HERAUSFORDERUNGEN

Aus dem umfangreichen Bündel von Herausforderungen sollen nachfolgend fünf vertiefter betrachtet werden:

1. Klimawandel und Klimaanpassung
2. Ökonomischer Strukturwandel
3. Demographischer Wandel
4. Gefahr der sozialen Segregation
5. Neue Anforderungen an „urban governance“

KLIMAWANDEL/KLIMAAANPASSUNG

Inzwischen sind die Folgen des Klimawandels auch in den Städten zu spüren. Beispielhaft genannt seien die Zunahme von Temperaturextreme, Probleme bei der Speicherung und Abführung von Starkregenereignissen und die potenzierte Folge von Stürmen.

Zurzeit sind die Städte global betrachtet ein wesentlicher Faktor bei den Ursachen der zu beobachtenden Klimaveränderungen. So finden ca. 75 % des globalen CO₂-Ausstoßes und ca. 75 % des globalen Energieverbrauchs in Städten statt.

Die Städte haben aber auch das Potenzial, einen wesentlichen Beitrag zur Lösung der Probleme zu leisten. Vergleichsweise kompakte Strukturen und die Bevölkerungsdichte bieten günstige Voraussetzungen. Genannt seien als optionale Handlungsfelder die Baustrukturen, die Freiraumstrukturen, der Verkehr, Energieproduktion und -verbrauch, die Abfallbehandlung, die Wasserver- und entsorgung und das breite, allerdings auch bisher nur unscharf definierte, Feld der „Smart-City“.

Potenziale sind z.B. die größere Energieeffizienz im Verkehrsbereich durch vergleichsweise kürzere Distanzen bei hoher Nutzerdichte, und größere Anteile des „Umweltverbundes“ am Modal-Split, eine größere Energieeffizienz bei Heizungs- und Kühlsystemen durch kompakte Gebäudestrukturen sowie netzbasierte Energiesysteme wie zum Beispiel die Kraft-Wärme-Kopplung, der geringere spezifische Energieverbrauch bei städtischer Infrastruktur infolge größerer Nutzerdichte.

Allerdings gibt es sowohl zwischen den einzelnen Handlungsfeldern als auch innerhalb der Felder Zielkonflikte. Sollen also die Potenziale ihre Wirkung so optimal wie möglich entfalten, bedarf es einer sorgfältigen Abwägung.

Am Beispiel des Aspekts „Dichte“ soll das in Kürze verdeutlicht werden. Sie ist, wie bereits oben skizziert, eine wichtige Eigenschaft von Städten in mehrfacher Hinsicht. Einwohner-/Nutzerdichte wie auch bauliche Dichte sind wichtige Voraussetzung für „Urbanität“ in ihren unterschiedlichen Facetten einerseits und andererseits für die effiziente Nutzung von Strukturen.

Die von Bevölkerungswachstum geprägten Städte stehen zurzeit vor der Herausforderung, bebaubare Flächen, insbesondere zur Schaffung von Wohnraum, zu mobilisieren. Die Möglichkeiten zur neuen Nutzung von brach gefallenen Industrie-/Gewerbeflächen, Bahnarealen und Militärliegenschaften sind oft ausgeschöpft oder stehen nicht (mehr) zur Verfügung. Vielerorts wird nun versucht, Freiräume in Bestandsquartieren für eine zusätzliche Bebauung zu nutzen. Dies ist zwar ein im Einzelfall denkbarer Baustein zur Mobilisierung von Bauland, er bedarf aber einer sorgfältigen Prüfung, um nicht Gefahr zu laufen, Qualitäten der Stadtentwicklung im Hinblick auf im Laufe der letzten Jahrzehnte geschaffene Freiraumstrukturen wieder aufzugeben.

Die Folge unverträglicher Verdichtung wäre ein Verlust an Attraktivität der Stadt als Lebensraum, gerade auch für jüngere Familien. Zunehmende Widerstände aus der Bevölkerung zeigen, dass diese Problematik, allerdings nicht in jedem Fall zu Recht, wahrgenommen wird. Es besteht aber auch die Gefahr der Verstärkung des Entstehens von „Hitzeinseln“. Sowohl allgemeine stadtentwicklungspolitische Ziele als auch explizite Klimabelange drohen bei zu hoher Verdichtung konterkariert zu werden.

„Dichte“ ist also kein Wert an sich und es ist daher nicht auszuschließen, dass es nach sorgfältiger Abwägung geboten ist, einer Neuversiegelung von Flächen den Vorzug zu geben, trotz des unzweifelhaft richtigen Zieles, diese auf ein Mindestmaß zu begrenzen.

So plant in der Bundesrepublik zurzeit selbst die Stadt Freiburg, eine der Vorreiterinnen nachhaltiger Stadtentwicklung, mangels tragfähiger Alternativen ein neues Baugebiet für ca. 10.000 Einwohner unter Inanspruchnahme bisher unversiegelter Flächen.

Von besonderer Bedeutung ist gerade aber auch angesichts der Notwendigkeit eines sparsamen Umgangs mit den Flächen die regionale Zusammenarbeit. Auch sie fördert die Optimierung der Flächennutzung und effiziente Ausnutzung (bestehende) Infrastruktur. Die Thematik kann an dieser Stelle nicht weiter ausgeführt werden. Als ermutigendes Beispiel dafür, dass diese Erkenntnis zunehmend Verbreitung erfährt, sei auf den "Regionalen Flächennutzungsplan" von sechs Städten in der Region Ruhr hingewiesen.

ÖKONOMISCHER STRUKTURWANDEL

Die Ökonomie der Zukunft wird stark beeinflusst durch die „digitale Revolution“. Diese birgt durchaus die Chance, sich zu Gunsten der Städte auszuwirken. Die zu beobachtenden neuen Formen der Kultur- und Wissensproduktion haben häufig eine Affinität zu innerstädtischen Quartieren.

Die Stadt übernimmt dabei die Funktion eines „Zufallsgenerators“¹ für Kontakte, Informations- und Austauschgelegenheiten. Sie ist wesentliche Voraussetzung für neue Formen von Beschäftigung und neue urbane Lebensstile.

Die Geschwindigkeit des Strukturwandels ist dabei enorm. So wird die „digitale Revolution“, ganz wesentlich auch die weitere Entwicklung des industriellen Sektors, beeinflussen. In der Bundesrepublik firmiert dieser Prozess unter dem Begriff „Industrie 4.0“. Die Auswirkungen auf die Allokation der Produktionsstandorte und damit der Arbeitsplätze ist zurzeit noch kaum absehbar.

Nicht ausgeschlossen ist, dass sich aufgrund dieser Entwicklung weitere Möglichkeiten einer stärkeren Nutzungsmischung ergeben. Auch dieses, zum Beispiel im Hinblick auf „kurze Wege“ unter Umweltaspekten grundsätzlich richtige Ziel bedarf allerdings einer sorgfältigen Prüfung vor dem Hintergrund der jeweiligen örtlichen Rahmenbedingungen. Zur nach wie vor bestehenden Notwendigkeit der Reduzierung unverträglicher Beeinträchtigungen der Funktion „Wohnen“ durch unterschiedliche Lärmquellen, so neben dem Gewerbelärm durch Verkehrslärm, müssen (rechtliche) Steuerungsinstrumente zur Verfügung stehen. Die gesundheitlichen Beeinträchtigungen durch übermäßigen Lärm sind inzwischen durch zahlreiche Untersuchungen nachgewiesen. Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang ferner auf die soziale Komponente. Wie Analysen zeigen, sind in Städten häufig gerade die Wohnstätten sozial schwächerer Schichten in Bereichen, die stärkeren Lärmimmissionen ausgesetzt sind.

¹ Häußermann, Hartmut/Läpple, Dieter/Siebel, Walter : Stadtpolitik, S.369; Edition Suhrkamp, Bd.2512, Suhrkamp Verlag; Frankfurt/Main 2008

Im Zusammenhang mit der „digitalen Revolution“ bedarf auch das Thema „Smart City“ wenigstens der Erwähnung. Auf eine Definition wird hier verzichtet. Es gibt vielfältige Ansätze. Effizienzsteigerungen städtischer Systeme mithilfe der Informationstechnologie stellen ganz sicher in vielerlei Hinsicht eine Chance für die Stadt dar. Allerdings sind Konzepte und (Pilot-)Projekte aktuell überwiegend technologiegeprägt. Eine Ursache dafür dürfte in der starken Rolle der Industrie im derzeit laufenden Prozess liegen, die hier zu Recht eine neue interessante Erwerbsquelle sieht. Umso mehr ist aber die Einbeziehung auch der gesellschaftlichen Komponente dringlich.

Man muss es nicht so drastisch wie Hans Magnus Enzensberger formulieren, der vor einigen Wochen unter der Überschrift „Wehrt euch“ in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) gesagt hat: „Smart sind nicht diese Geräte oder die sie benutzen, sondern die Sie uns anpreisen, um unermessliche Reichtümer anzuhäufen und gewöhnliche Menschen zu kontrollieren.“ (FAZ v. 01.03.2014, S. 9)

Sehr viel differenzierter (und ausführlicher) hat der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, unter der Überschrift „Warum wir jetzt kämpfen müssen“ eine Diskussion zu dem Thema angestoßen (FAZ v. 06.02.2014, S. 25). Im Zuge dieser Diskussion hat der Vorstandsvorsitzende von Axel Springer SE, Matthias Döpfner, in einer Replik auf einen Artikel von Eric Schmidt, dem Chef von Google, ausgeführt: „Die Diskussion über die Macht von Google ist also keine Verschwörungstheorie von Ewiggestrigen. Sie [Eric Schmidt, d. Verf.] selbst sprechen von der neuen Macht der Macher, Eigentümer und Nutzer. Bei den Nutzern bin ich da langfristig nicht so sicher. Da folgt auf Macht schnell Ohnmacht. Und genau deshalb müssen wir diese Diskussion im Interesse eines langfristig gesunden Ökosystems der Digital-Ökonomie jetzt führen. Das betrifft den Wettbewerb, aber nicht nur den ökonomischen, sondern auch den politischen. Es betrifft unsere Werte, unser Menschenbild und unsere Gesellschaftsordnung weltweit und-aus unserer Perspektive-vor allem die Zukunft Europas.“ (FAZ v. 16.04.2014, S. 9)

Vor diesem Hintergrund bedarf es auch und gerade in den Städten dringend einer kritischen Reflexion, welche Elemente der digitalen Welt von der öffentlichen Hand gefördert werden und welche Elemente im Interesse von Werten, Menschenbild und Gesellschaftsordnung trotz technischer Möglichkeit und vielleicht auch positiven Effekten wie Effizienzsteigerung nicht zur Verwendung kommen sollten.

DEMOGRAPHISCHER WANDEL

Für die Bundesrepublik ist die Kurzcharakteristik des demographischen Wandel s: „weniger, älter, bunter“ schon fast zum „geflügelten Wort“ worden.

Auf Ausführungen zum Thema „weniger“ wird hier verzichtet. Nach Datenlage ist es für die Stadt Wien auch bei einer längeren zeitlichen Perspektive nicht relevant.

Das „älter“, also die Veränderung der Alterspyramide hin zu einem höheren Anteil älterer Menschen stellt für die Städte unabhängig davon, ob sie von Bevölkerungswachstum oder-rückgang geprägt sind, eine erhebliche Herausforderung dar.

Wir haben die Aufgabe, die Stadt in all ihren Bestandteilen auch altersgerecht zu gestalten. Es geht also nicht nur um die Wohnung sondern auch um die Gewährleistung der Möglichkeit, aktiv am Leben in der Stadt teilzunehmen. Vordringlich ist dabei die Gewährleistung der Daseinsvorsorge mit dem Ziel, den älter werdenden Menschen möglichst lange das Verbleiben in der gewohnten Umgebung zu ermöglichen.

Hier gibt es direkte Interventionsmöglichkeiten wie zum Beispiel die barrierefreie Gestaltung des öffentlichen Raumes oder des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), aber auch indirekt wir-

kende Instrumente. Zum Beispiel gesamtstädtische Einzelhandelskonzepte, die eine wohnungsnah Grundversorgung gewährleisten. Auch manche Elemente von „Smart City“ können diesbezüglich durchaus unterstützend wirken.

Wir werden aber auch damit umgehen müssen, mindestens für die Bundesrepublik, dass ein höherer Anteil der älteren Stadtbewohner nur über ein vergleichsweise geringes Einkommen verfügt. Auch vor diesem Hintergrund sind der Erhalt und die Schaffung bezahlbaren Wohnraums also von Bedeutung.

Wenigstens hingewiesen werden soll auf die noch offene Frage, inwieweit es gelingt, die steigenden Kosten des Gesundheitssystems auf Dauer zu finanzieren. Je nach Entwicklung könnte für die Städte daraus ein Handlungsfeld mit erheblichen neuen finanziellen Belastungen entstehen.

Für die Städte in der Bundesrepublik ist angesichts der nach wie vor zu niedrigen „Reproduktionsrate“ die Zuwanderung, vor allem der Zuzug aus dem Ausland, der ausschlaggebende Faktor für die Bevölkerungsentwicklung.

Ein wesentliches konstituierendes Element der „europäischen Stadt“ war immer die Fähigkeit zur Integration von „Fremden“. Diese wiederum waren immer eine wichtige Ursache für die Bedeutung der Städte als „Innovationsmotor“. Für eine positive Entwicklung der Städte im 21. Jahrhundert wird es also auch wesentlich darauf ankommen, dass sie weiterhin in der Lage sind, diese Integrationsleistung zu vollbringen.

Wichtige Voraussetzung für das Gelingen von „Integration“ ist „Bildung“. Neben den Fragen des „wie“ der Bildungsvermittlung beinhaltet diese Frage auch den Aspekt des „wo“ und beide Themen sind miteinander zu verknüpfen. Interessant sind in diesem Zusammenhang Pilotprojekte, wie sie zum Beispiel die Montag-Stiftung in der Bundesrepublik in einigen Städte, so in Köln, angestoßen hat, die zum Ziel haben, Kindertagesstätten und Schulen unterschiedlicher Art miteinander zu vernetzen und sehr viel stärker als Element der Quartiersentwicklung zu begreifen und damit Stadtentwicklung im räumlichen Sinne und Bildungslandschaft intensiv miteinander zu verknüpfen.

GEFAHR DER SOZIALEN SEGREGATION

Tendenzen zur Verschärfung der sozialen Segregation sind sowohl in „schrumpfenden“ als auch in wachsenden Städten zu beobachten. Die Entspannung der Wohnungsmarktsituation in Städten mit Bevölkerungsrückgang führt tendenziell zu stagnierenden oder sinkenden Mieten mit der Folge, dass Angehörige der Mittelschicht eine größere Wahlfreiheit im Hinblick auf die Wahl des Wohnstandortes haben. Damit erhalten Sie die Möglichkeit, Quartiere, in denen sie eine zu große Nähe zu sozial schwächeren Schichten empfinden, zu verlassen. In wachsenden Städten mit angespannten Wohnungsmarktverhältnissen und steigenden Mieten ist dagegen die Mittelschicht angesichts des begrenzt zur Verfügung stehenden Budgets für Kosten des Wohnens gezwungen, in Quartiere mit geringeren Mieten zu ziehen, mit der Konsequenz der Verdrängung sozial schwächerer Schichten. Diese Verdrängungstendenzen drohen die Integrationsfähigkeit der Städte, die diese, wie schon angesprochen, insbesondere seit der industriellen Revolution bewiesen haben, zu schwächen.

Segregation völlig zu vermeiden ist kaum möglich. Die Diskussion über die Frage, inwieweit sie nicht sogar in einem gewissen Maße Merkmal von „Stadt“ ist, wird seit langem geführt, kann hier aber nicht weiter ausgeführt werden. In jedem Fall muss es aber Ziel sein, sie im vertretbaren Rahmen zu halten. Das wird nur durch eine entsprechende Einflussnahme von Staat und Stadt möglich sein. Eine wesentliche Rolle spielt dabei die Wohnungsversorgung. In der Bundesrepublik zeigt sich gerade, wie gut beraten die Städte waren, die trotz finanzieller Engpässe der Verlockung, ihre Woh-

nungsunternehmen zu veräußern, widerstanden haben. Gerade in wachsenden Städten sind sie ein wichtiges Handlungsinstrument der Wohnungspolitik und Stadtentwicklung.

Neben der Anwendung der „klassischen“ Instrumente wie zum Beispiel der finanziellen Förderung des sozialen Wohnungsbaus, einer die Belange der Mieter schützenden Mietrechtssetzung oder kommunaler Wohnungsbaugesellschaften sind weitergehende Überlegungen erforderlich. Zu nennen ist das Bodenrecht. Zur Schaffung von Bauland und dessen zügige Umsetzung sollte z.B. geprüft werden, inwieweit es Städten unter bestimmten Voraussetzungen ermöglicht werden kann, schnell und zu vertretbaren Kosten das Verfügungsrecht über zur Bebauung geeignete Flächen zu erhalten. Eine Ergänzung der Grundsteuer um mobilisierende Elemente könnte ein weiterer Baustein sein. Vorschläge dazu liegen in der Bundesrepublik schon lange vor.

Die Städte sollten häufiger von der Möglichkeit der Vergabe städtischer Grundstücke in Erbpacht zu günstigen Erbpachtzinskonditionen Gebrauch machen. Damit könnte auch Bevölkerungsgruppen mit geringerem Einkommen die Bildung von Wohnungseigentum erleichtert werden. Wie eine Reihe von Initiativen zeigt, unter anderem in Berlin, gibt es eine Reihe kreativer Ansätze. Die Diskussion darüber sollte offensiv geführt werden.

„URBAN GOVERNANCE“

Angesichts der aktuellen Rahmenbedingungen und der erkennbaren Entwicklungstendenzen muss die öffentliche Hand und damit auch „Stadt“ ihre zentrale Rolle bei der Gewährleistung einer im umfassenden Sinne nachhaltigen Entwicklung (wieder) wahrnehmen. Die Erfahrungen zeigen, dass die Annahme, die in der Bundesrepublik in den neunziger Jahren weit verbreitet war, die Städte müssten nunmehr ähnlich wie die Privatwirtschaft organisiert werden und entsprechend agieren, zu „Fehlsteuerungen“ geführt hat.

Städte stellen eben keine „Produkte“ her, die mit Kennziffern im Hinblick auf Zielerreichung in jedem Falle versehen werden können und „Bürger“ sind etwas anderes als „Kunden“. Selbstverständlich müssen Städte sehr sorgsam mit den ihnen zur Verfügung stehenden bzw. zur Verfügung gestellten Ressourcen umgehen. Aber in vielen Handlungsfeldern sind „Input“ und „Output“ nicht die angemessenen Kriterien.

Die Verlagerung von Aufgaben aus dem öffentlichen Sektor in den privaten Sektor bis hin zur Privatisierung eigentlich öffentlicher Räume, auch aus finanziellen Gründen, hat die Rolle der Stadt als dem Rahmen setzenden Akteur der Stadtentwicklung tendenziell geschwächt.

Die „Stadt“ hat große Verantwortung im Hinblick auf die Sicherung des Gemeinwohls. Die Merkmale der „Guten Regierung“ wie sie Lorenzetti in seiner Allegorie im Palazzo Pubblico in Siena dargestellt hat, haben nach wie vor Gültigkeit. Es bedarf eines langfristig orientierten strategischen Denkens

Dabei ist es von zentraler Bedeutung, inwieweit es gelingt, die Bürger in die Planungs- und Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Gerade in der Stadtentwicklung gibt es inzwischen jahrzehntelangen Erfahrungen, die zeigen, welche Verfahren der jeweiligen Thematik angemessen sind aber auch welche eventuellen Grenzen bei Beteiligungsmöglichkeit bestehen.

Einbindung der Bürgerinnen und Bürger kann auch nicht heißen, jede Entscheidung an diese zu delegieren. Das Entscheidungsmodell der repräsentativen Demokratie behält seine Gültigkeit. Nur dadurch können Interessenausgleich und sachgerechte Abwägung im Interesse einer positiven Gesamtentwicklung der Stadt gewährleistet werden.

Gerade die neuen so genannten „sozialen Medien“ bergen die Gefahr in sich, dass artikulationsfähige Gruppen wie die gut situierte Mittelschicht ihre Interessen besonders deutlich artikulieren mit der

Folge, dass sozial schwächere Gruppen im Meinungsbild unterrepräsentiert sind. Auch hier sind Stadtpolitik und Stadtverwaltung zur Wahrnehmung ihrer Verantwortung gefordert.

Die Rolle der Planung kann sich dabei nicht nur auf eine Moderatorenfunktion beschränken, wie es manchmal geäußert wird. Sie ist nach wie vor gefordert, ihr Fachwissen einzubringen und Entscheidungsvorschläge zu formulieren.

AUSBLICK

Gerade die europäische Stadt, deren Charakterisierung durch Walter Siebel meines Erachtens nach wie vor zutreffend ist, nämlich die Prägung durch die Merkmale „Präsenz von Geschichte im Alltag des Städters, Stadt als wie immer utopisches Versprechen auf Emanzipation, Stadt als der besondere Ort einer urbanen Lebensweise, das überkommene Bild von der Gestalt der europäischen Stadt und schließlich ihre sozialstaatliche Regulierung“² hat das Potenzial, den aktuellen und sich abzeichnenden Herausforderungen gewachsen zu sein.

Dabei muss ihre Weiterentwicklung den Prinzipien der Nachhaltigkeit genügen. Hierzu bedarf es wie schon angesprochen integrierter Konzepte wie es auch die für Stadtentwicklung zuständigen Minister

Europas 2007 in der „Leipzig Charta“ festgestellt haben. Nur integrierte Konzepte, die tatsächlich alle wesentlichen Felder der Stadtentwicklung beinhalten, ermöglichen eine sachgerechte Abwägung der unterschiedlichen Belange und optimale Ressourcenverwendung. Dies gilt sowohl für gesamtstädtische Konzepte als auch für die im Hinblick auf Umsetzung und Bürgereinbindung genauso wichtigen Konzepte auf Quartiersebene.

Die Einbindung der Bürger sowohl im Erarbeitungsprozess als auch bei der Umsetzung ist von zentraler Bedeutung für Ihren Erfolg.

Erforderlich sind weiterhin eine kontinuierliche Evaluation der Wirkungen von Konzepten und Maßnahmen sowie die Entwicklung der Rahmenbedingungen und gegebenenfalls eine Konzeptweiterentwicklung. Integrierte Stadtentwicklungskonzepte haben Prozesscharakter und sind kein statisches Instrument.

Die Stadt hat also die Chance, auch in Zukunft eine bedeutsame Rolle als Kernelement einer ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltigen globalen Entwicklung zu übernehmen und mit ihrer Multifunktionalität, sozialen Integrationskraft und Kreativität die gesellschaftliche Entwicklung positiv zu beeinflussen.

² Siebel, Walter : Strukturwandel der europäischen Stadt in : 100% Stadt, Der Abschied vom Nicht- Städtischen, S.15; Haus der Architektur Graz, Austria, Graz 2003